

Aus: junge Welt v. 10. Jan. 2004  
<http://www.jungewelt.de/2004/01-10/006.php>

## **CARACAS: EIGENTUM VERPFLICHTET**

### **Venezuelas staatlicher Erdölkonzern PDVSA verkauft Anteile - Zu den Hintergründen einer aktuellen Wirtschaftsmeldung**

*Von Sahra Wagenknecht*

Die kurze Nachricht verschwand in hiesigen Wirtschaftszeitungen im Kleingedruckten. Einen Tag vor Heiligabend unterzeichneten der venezolanische Erdölkonzern PDVSA und die russische Alfa-Gruppe einen Vorvertrag über den Verkauf des fünfzig-Prozent-Anteils, den PDVSA an der deutschen Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen hält, sowie ihrer Anteile an Raffinerien in Ingolstadt, Karlsruhe und Schwedt. Das Volumen des Geschäfts soll bei etwa einer Milliarde US-Dollar liegen, und viel spricht dafür, daß der Deal Gegenstand der vorweihnachtlichen Stippvisite des russischen Außenministers Igor Iwanow in Caracas war.

Nun gehört das Verschieben von Besitztümern und Herumspielen mit Milliarden zu den alltäglichen Beschäftigungen der Multis, und der hier verhandelte Fall liegt weit unterhalb jener Größenordnung, ab der das Mega-Shopping öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Auch die Aktivität politischer Außendienstmitarbeiter des Kapitals zwecks reibungsloser Abwicklung von Akquisitionen ist nichts Neues. Auf US-Seite gehört bekanntlich auch der Einsatz von Generälen, Kriegsschiffen und Streubomben längst wieder zur üblichen Markterschließungsstrategie expansionswilliger Konzerne; ihre europäischen Konkurrenten täten es ihnen gern gleich.

Was den konkreten Fall allerdings bereits auf den ersten Blick von jenem alltäglichen Handel mit der sozialen Existenz Tausender Menschen unterscheidet, ist die ungewöhnliche Begründung für das Verkaufsinteresse durch die venezolanischen Eigentümer. Während es Aktionären und ihren Gesandten sonst in der Regel um Renditesteigerung und Steuerarbitrage geht, wird der Verkauf in diesem Fall damit begründet, daß die Verlagerung von Kapital und Profit ins Ausland – und damit außer Reichweite des venezolanischen Staates – ein Ende haben soll.

Dieses Ansinnen ist nur insofern nicht erstaunlich, als der einzige Eigentümer der PDVSA just der südamerikanische Staat selbst ist. Erstaunen mag den arglosen Beobachter eher, weshalb das Unternehmen mehr als dreißig Jahre in klarem Kontrast zu den Einnahmeinteressen seines Eigentümers agieren konnte, denn die Nationalisierung der venezolanischen Erdölindustrie sowie weiterer Kernbereiche der Wirtschaft des Landes war nicht der linken Regierung Chávez vorbehalten. Sie erfolgte bereits 1976 unter eben jenem Carlos Andres Pérez, der in seiner zweiten Amtszeit 1988 – 1993 den radikalen neoliberalen Umbau der venezolanischen Wirtschaft um den Preis furchtbarer Armut und extremer sozialer Kontraste einleitete. Was der venezolanischen Revolution unter Chávez vorbehalten bleibt, ist daher, den veränderten Eigentumsverhältnissen tatsächlich ihren sozialen Sinn zu geben.

Das Hauptanliegen des noch von den alten Eigentümern Exxon, Mobil und Shell eingesetzten PDVSA-Managements bestand 1976 in erster Linie darin, ihr eigenes Stück am Kuchen zu vergrößern. Zu diesem Zweck begann man Anfang der Achtziger, jenes internationale Imperium zusammenzukaufen, das den venezolanischen Erdölkonzern mit Beteiligungen auf drei Kontinenten, einer ausländischen Raffineriekapazität von 1,79 Millionen Barrel pro Tag und einem Erlös von bis zu 50 Milliarden US-Dollar zu einem Global Player im internationalen

Ölgeschäft machte und dessen tieferer Sinn darin bestand, Gewinne aus den Bilanzen der staatseigenen Holding PDVSA auszulagern. Mindestens eine halbe Milliarde US-Dollar verschwanden am Ende jährlich durch Transferpreise, Scheinkredite für Tochterunternehmen und ähnliche Tricks zur Bilanzmanipulation. Der Erwerb der Beteiligung an der Ruhr Oel GmbH 1983 war der erste Schritt auf diesem Weg. Daß diese Beteiligung jetzt zum Verkauf steht, ist daher keineswegs ein normaler ökonomischer Vorgang, sondern Ausdruck der grundlegend veränderten Politik, die Venezuela mit Amtsantritt der Regierung von Hugo Chávez eingeschlagen hat.

Der angestrebten Neuverteilung der Einnahmen aus dem Ölreichtum des Landes zugunsten der großen Mehrheit der Venezolaner steht allerdings nicht nur der internationale Beteiligungsdschungel der PDVSA entgegen. Obwohl die offiziellen Statistiken für die Erdölindustrie hundertprozentiges Staatseigentum ausweisen, fand in den neunziger Jahren unter dem Oberbegriff »Apertura« – einer Art venezolanischer Glasnost – eine faktische Reprivatisierung großer Teile der Erdölproduktion statt. So wurde internationalen Joint Ventures das Recht übertragen, wichtige Ölfelder unter Ausnutzung großzügiger Nachlässe bei Steuern und Lizenzgebühren auszubeuten. Zum anderen schloß

PDVSA mit internationalen Ölkonzernen so genannte Dienstleistungsverträge ab, die diesen unabhängig von den Schwankungen der Ölpreise satte Gewinnspannen bei niedrigen Steuern garantierten. Diese Knebelverträge sind ein Musterbeispiel für das, was die imperialistischen Großmächte unter »Investitionsschutz« verstehen: PDVSA wird verpflichtet, die vereinbarte Profitspanne der Ölinvestoren auch im Falle politischer Veränderungen in Venezuela zu garantieren; für die Einhaltung sind die venezolanischen Exporterlöse verpfändet, Gerichtsstandort der Verträge ist Washington.

Die Gewinne der Multis erscheinen wiederum auf PDVSA-Seite als »Kosten« und mindern damit deren Steuerzahlungen und die an den Staat abzuführenden Dividenden. Aus dem staatlichen Erdölproduzenten PDVSA wurde so eine bloße Schirmgesellschaft, die – statt öffentliche Einnahmen zu garantieren – das private Kapital vielmehr vor dem Staat schützt. Etwa 25 Prozent des venezolanischen Öls werden gegenwärtig in dieser Form produziert. Bleiben alle Verträge in Kraft, werden es 2010 über 40 Prozent sein, da viele der Projekte ihre volle Kapazität noch nicht erreicht haben. Die staatlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft sind bereits eingebrochen. Flossen über Steuern, Lizenzgebühren und Dividenden zwischen 1976 und 1992 immerhin noch durchschnittlich 71 Cent von jedem Dollar Öllexport in die Kassen des Staates, lag der Schnitt der öffentlichen Partizipation zwischen 1993 und 2000 lediglich bei 36 Cent.

Diese Relation wieder umzukehren, ist eine Bedingung für die Finanzierbarkeit des großen sozialen Reformprogramms, das sich die Regierung Chávez vorgenommen hat. Dieses Ziel ist zugleich ein Hauptgrund für den Haß und die offene militärische Bedrohung, mit der die venezolanische Revolution von seiten der USA konfrontiert ist. Solidarität ist angesagt.